

## Review-Symposium „Westforschung“: Diskussionsbeitrag I. Haar von Ingo Haar

Der von Dietz/Gabel/Tiedau herausgegebene Sammelband „Griff nach dem Westen“ dokumentiert eine Umschau offenbar wichtiger Arbeiten zur „Westforschung“, dem Pendant der Ostforschung.<sup>1</sup> Was ist an dieser Wissenschaftsgeschichte des Nationalsozialismus interessant, dass die neuen Erträge in diesem neuen Forschungssektor so intensiv diskutiert werden? Noch besser als die erste Frage, wie soll das Verlangen gedeckt werden, ist die zweite danach, was der neue Schub zur Erforschung der „Westfrage“ als Angebot für komparativ angelegte Synthesen auf den Tisch legt? Der gute Eindruck, den der Band allein schon aufgrund des Einbezugs eines sehr breiten Spektrums an unterschiedlichen Autoren und Inhalten auf den ersten Blick hinterlässt, verliert sich nach der Lektüre des Vorwortes und des abschließenden Artikels rasch. Ein alter Gaul wird zu Schanden geritten, nämlich die These, die Volksgeschichte habe als Kulturraum- und Volkstumsforschung bis in die Gegenwart innovativ gewirkt.<sup>2</sup> Das muss nach den neuesten wissenschaftshistorischen Arbeiten über die Wissenschaften im Nationalsozialismus verwundern. Was bedenklicher wiegt, ist die Aussparung einer neuen analytischen Perspektive in der Wissenschaftsgeschichte der Westfrage, durch welche die „Ostforschung“ hinlänglich aufgeschlossen wurde.

Die Analyse der Ostforschung basiert auf der Frage, in welchem Wechselverhältnis Wissenschaft und Macht zueinander stehen.<sup>3</sup> Diese

<sup>1</sup>Dietz, Burkhard; Gabel, Helmut; Tiedau, Ulrich (Hgg.), Griff nach dem Westen. Die Westforschung der „völkisch-nationalen“ Wissenschaften im nordwesteuropäischen Raum (1919-1960), Münster 2003.

<sup>2</sup>Siehe Dietz, Burkhard; Gabel, Helmut; Tiedau, Ulrich, Die „Westforschung“ zum europäischen Nordwesten als Gegenstand der Zeit- und Wissenschaftsgeschichte, in: wie Anm. 1., S. XI-XII. Das Problem des Vorwortes ist, dass die Autoren die andere Mitautoren mit dem Hinweis, gegen Hans Derks antreten zu müssen, in den Aufbau einer vermeintlichen Abwehrfront zwingen, mit der sie im Grunde nichts zu tun haben. Damit wirkt die Berufung auf den Frankfurter Historikertag ebenso bemüht wie die Anlehnung an Fritz Fischer.

<sup>3</sup>Vgl. Ash, Mitchell, Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander, in: vom

im internationalen Kontext keinesfalls isoliert dastehende Frage, war unter deutschen Historikern so einschlagend, weil wissenssoziologische Fragestellungen in ihrem Fächerkanon weder Pflicht noch Kür gewesen waren. In der deutschen Geschichtswissenschaft überwogen bis vor einigen Jahren fröhliche Jubiläumsschriften, lobende Nachrufe und eingängige, aber methodisch veraltete Fach- und Institutionsgeschichten. Mit der Beschreibung und Analyse der Ostforschung gelang es in den letzten Jahren, die Historiografiegeschichte insgesamt auf eine neue wissenschaftliche Basis zu stellen.

Gerade neuere Forschungen richteten das Interesse nicht mehr nur auf die Paradigmengeschichte von Dogmen und Heuristiken einzelner Wissenschaftler oder Denkschulen, sondern erschließen mit Erfolg die Praxisfelder von Sozial- und Kulturwissenschaftlern in Verbindung mit der Politik. Diese Forschungsrichtung analysiert zunehmend die Operationalisierung wissenschaftlichen Wissens in den Politikfeldern. Damit schreibt sie selbst ein Stück der Gesellschafts- und Kulturgeschichte, die aus der Engführung der alten Zeitgeschichte à la Hans Rothfels, Theodor Schieder und des Schüler-Kartells weit hinausweist. Es geht um die Frage nach der wissenschaftlichen Konstruktion des Fremden in den völkischen bzw. rassistischen Forschungsprogrammen des 20. Jahrhunderts, aber auch um die Anwendungen dieses Wissens in den großen Schüben ethnischer Säuberungen und Zwangsmigrationen. Diese Forschungen können einfach mehr leisten als die alten ideologiekritischen Studien, die lediglich die dogmatischen Selbstdarstellungen von Sozial- und Kulturwissenschaftlern aus den kompetitiv aufeinander bezogenen Nationalstaaten nachgehen.

Die neuen Wege der Forschung setzten sich in den späten 1990er-Jahren nicht mit, sondern gegen die Vertreter der Innovationstheorie durch. In dem Maße, wie erkannt wurde, dass der moderne nationalsozialistische Staat über bevölkerungspolitische Expertisen verfügte, büßte der alte Denkansatz stark an Plausibilität ein, die wichtigsten

Bruch, Rüdiger (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 32-51.

Innovationen der Geschichtswissenschaft nach 1945 seien ausgerechnet auf die Kulturraum- und Volkstumsforschung der 1930er-Jahre zurückzuführen. Schließlich holte sich der NS-Staat die Expertisen und Legitimationen seiner Politik aus der „Volksgeschichte“, was kein Zufall war. Dieses Forschungskonzept beruhte im Grunde ebenso wie die NS-Ideologie auf der wertrationalen Prämisse, das Fremde vom Eigenen abzugrenzen, sei es durch ethnische Segregation oder Vernichtung der als fremd erachteten Bevölkerungsgruppen. Auch Willi Oberkrome, der ursprünglich die Selbstdarstellung von Hermann Aubin aus der Frühzeit der Bundesrepublik übernahm, der Fächerkanon der Volksgeschichte habe die Nachkriegsgeschichtswissenschaft innovativ befruchtet, beurteilt die Wirkungsgeschichte der „Volksgeschichte“ inzwischen skeptischer. Er sieht die Volksgeschichte deutlicher mit einer nationalsozialistischen Variante der Modernisierung verbunden.

Fraglos markierte das Nachdenken über die „Schieder-Denkschrift“ die Wende zur neuen wissenschaftshistorisch orientierten Zeitgeschichte. Dort, wo früher vage von einer „Expertokratie“ gesprochen wurde, sind inzwischen die vielfältigen Denkzentren des NS-Staates untersucht, wo politisches Handeln sprachlich kanonisiert und der Zugriff auf ethnisch missliebige Bevölkerungsgruppen modellhaft durchgespielt wurde. Wissenschaft und Politik, gemeint sind die nationalsozialistischen Brain-Trusts und die mit ihnen verbundenen Abteilungen aus der politischen Administration unterhalb der Reichsminister und Gauleiter, funktionierten arbeitsteilig und waren erfolgsorientiert wirkende Teilbereiche des NS-Staates. Das Wechselspiel konnte nur funktionieren, wenn beide Subsysteme aufeinander abgestimmt waren. Die Politik machte sich aus den politischen Expertisen schlau. Wissenschaftler probierten im Modell aus, was später umgesetzt werden sollte. Auch dann, wenn Sie daraus nicht direkt Nutzen zogen, richteten Reichsministerien, regionale Herrschaftszentren oder Besatzungsverwaltungen einzelner Gaue oder Protektorate das von ihnen eingeholte Expertenwissen gegen andere konkurrierende Stellen ein, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Der sozialen und politi-

schen Grenzziehung in der Sozialtechnik des Einschließens und Ausschließens gingen immer wissenschaftliche Konstruktionen voraus, wie das Fremde identifiziert und vom Eigenen zu trennen sei. Dort, wo die Politik die Expertise ignorierte oder gar nicht erst einholte, setzte sie zumindest auf die dogmatische Konstruktion des Fremden in rassistischer Absicht auf.<sup>4</sup>

Die fraglichen Historiker der Ostforschung wirkten mitnichten in einem vom Führer aufgezwungenen Rassenkrieg, sondern schalteten sich initiativ in konkrete Politikfelder ein, so zum Beispiel in der Siedlungs- und Vernichtungspolitik in Polen oder der damaligen Sowjetunion. Wissenschaft im Nationalsozialismus funktionierte, weil ihre Expertise im Rahmen des Interventionsstaates gefragt wurde. Und der nationalsozialistische Interventionsstaat funktionierte, weil er auf einer Verwaltungstätigkeit aufbaute, die größtenteils auf Expertenwissen basierte. Die Geistes- und Sozialwissenschaften haben es geschafft, ihre Ordnungsmodelle auf die politische Agenda zu setzen.<sup>5</sup> Allein das macht es analytisch unmöglich, sich nur auf veröffentlichte Texte zu stützen. Dieses Ergebnis wird durch den Befund gestärkt, dass einzelne Wissenschaftler selbst zu Funktionären im SD oder in der Volksdeutschen Mittelstelle der SS wurden,<sup>6</sup> wo sie ihre Anbindung an die Wissenschaft nicht verloren haben. Damit wären für eine Wissenschaftsgeschichte, die sich mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinandersetzen will, die wichtigsten heuristischen Prämissen abgesteckt.

Der erneute Abdruck der Artikel von Marlene Nikolai-Panther oder der nur gekürzte Wiederabdruck des Forschungsstandes von Karl Ditt im Sammelband, der bereits im letzten Jahrhundert für die Westforschung nach Franz Petri eine Lanze brach, hat diesen Para-

<sup>4</sup>Vgl. Gosewinkel, Dieter, „Einbürgern und Ausschließen“. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2001.

<sup>5</sup>Vgl. Haar, Ingo, Der „Generalplan Ost“ als Forschungsproblem. Wissenslücken und Perspektiven, in: von Bruch (Hg.), wie Anm. 3, S. 362-372.

<sup>6</sup>Kletzin, Birgit, Europa aus Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der neuen Ordnung, Münster 2000, S. 6.

digmenwechsel hingegen noch nicht nachvollzogen. Für letzteren stellen sich die Forschungen Petris zur Sprach- und Kulturraumgrenze nicht als ethnografische Konstrukte dar, um veränderbare politische Grenzen zu markieren. Sie gelten ihm als ein Beispiel geglückter Heimatforschung. Heimatforschung eben, die sich tief hinter der französischen Grenzlinie für die Gräber und Überreste „eigener“ germanischer Bevölkerungsgruppen aus der Frühzeit der Völkerwanderung interessierte, um sie als kulturelles Germanenerbe für die Grenzplanung der NS-Politik einzusetzen. Dabei wurde im Gegenzug die Bedeutung der vermeintlich ethnisch anders strukturierten Siedler französisch-romanischer Herkunft für diese Region abqualifiziert bzw. negiert.<sup>7</sup> Diesen rassistischen Erklärungsansatz über die Zeit nach 1945 hinaus als wegweisend zu bezeichnen, ruft mit Recht das aufgeklärte Denken der europäischen Nachbarn auf den Plan. Natürlich kann man diese freiwillige Traditionsbegründung der Münsteraner Provinzforschung als das sehen, was damit zwar ausgesprochen, aber nicht intendiert war: Die gute alte Wissenschaft mit der neuen in Verbindung zu bringen, ohne Königsmord zu betreiben.

Es brauchte immerhin fast zehn Jahre Forschung,<sup>8</sup> bis ein inzwischen nicht mehr ganz so junger Sozialwissenschaftler aus Holland sich redlich über diese Art der Traditionsziehung gewundert hat. Mehr noch. Er zog naiv den Schluss, wenn Volks- und Kulturraumforschung in der deutschen Wissenschaftsgeschichte als innovativ bezeichnet wird, dann werden sich die alten Wissenskerne noch immer in den heutigen Forschungsansätzen finden. Selbstverständlich wird dieser schlichten Traditionszuweisung ebenso schlicht entgegengehalten werden müssen, dass dieses Wissenschaftskonzept tief im Nationalsozia-

<sup>7</sup>Diese Geschichtskonstruktion ist ausschließlich wertrational, aber wissenschaftlich inakzeptabel. Diese Konstruktion des Eigenen bedient sich rassistischer Vorurteile. Sie macht blind gegenüber der *conditio humana* in der europäischen Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte. Wie dieser Ansatz ernsthaft als wissenschaftshistorisch wegweisend begriffen werden kann, ist schwer verständlich.

<sup>8</sup>Siehe Lademacher, Horst, Franz Petri zum Gedächtnis, in: RVjB 57 (1993), S. VII-XIV; Ditt, Karl, Die Kulturraumforschung zwischen Wissenschaft und Politik. Das Beispiel Franz Petri (1903-1993), in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 73-176.

lismus verstrickt war. Hans Derks konnte ja nicht ahnen, dass die Münsteraner Wissenschaftsgeschichte gar nicht das Ziel verfolgte, mit der Auslobung Franz Petris eine Aktualisierung seiner ethnozentrischen Perspektive vorzunehmen.

Die Befunde, die Hans Derks vorlegt, stellen für die Münsteraner Provinzialgeschichte mitnichten eine Bedrohung dar.<sup>9</sup> Der polemische, mitunter aber auch erfrischend ironische Unterton der Arbeit ist einfach zurückzuweisen. Ist Hans Derks aber deshalb gleich zu unterschätzen? Wissenschaftsgeschichtlich sind seine Befunde in zweierlei Hinsicht relevant. Erstens liefert er mit der Hypothese, es habe einen Großhollandplan der SS gegeben, in dem ebenso wie im besetzten Polen die Umsiedlung von zigtausenden Menschen nicht-deutschfreundlicher Gesinnung eingerechnet war, einen zentralen Baustein für einen Vergleich zwischen West- und Ostforschung. Es gab gegenüber Holland, Belgien und Frankreich durchaus Pläne von Grenzziehungen und ethnischen Säuberungen, nur wurden sie aus taktischen Gründen von deutscher Seite temporär zurückgestellt. Zusätzlich erfahren wir aus Hans Derks Studie einiges über das eugenische Versuchslaboratorium deutsch-niederländischer Sozialhygieniker um Eugen Fischers Kreis, sowie über den Wissenstransfer zwischen dem Deutschen Reich und der niederländischen Kollaboration in Raumplanung, inklusive der aktiven Auslese unerwünschter Bevölkerungsgruppen.<sup>10</sup> Offenbar hielten sich diese NS-Kontakte bis weit nach 1945.<sup>11</sup> Die inhaltliche Herausforderung dieser Erkenntnisse ist

<sup>9</sup>Das erledigt allein der nicht aus dieser Arbeit herauszubringende polemische Grundton.

<sup>10</sup>Vgl. hierzu Derks, Hans, Deutsche Westforschung. Ideologie und Praxis im 20. Jahrhundert, Leipzig 2001, S. 85ff., 195ff.

<sup>11</sup>Rusinek, Bernd A., „Westforschungs“-Tradition nach 1945. Ein Versuch über Kontinuität, in: s. o., S. 1141. Der Autor versucht mit der Unterstellung zu operieren, Hans Derks Ausführungen zum Problem, dass Franz Petri Schneider/Schwerte kannte und mit ihm im Rahmen des Großhollandplanes mit dem Ahnenerbe der SS kooperierte, als Darstellung von „alkoholischem Charakter“. Hans Derks hat diese Thematik nach meinem Dafürhalten sehr knapp gehalten. Pikant ist doch wohl mindestens, dass Petri Schneider/Schwerte aufgrund ihrer NS-Aktivitäten vor 1945 auch nach 1945 unter dem richtigen Namen gekannt haben muss. Zu diesem Schluss kann man jedenfalls

von der Münsteraner Forschergruppe nicht gerade neugierig aufgenommen worden. Willi Oberkrome spricht sybillinisch aus, dass mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird.

Aus den hervorragenden Studien von Uwe Mai und Wolfgang Freund wissen wir inzwischen sicher, dass die Westforschung in der Raumplanung ethnisch geräumter Zonen im deutsch-französischen Siedlungsgebiet ebenso tätig war wie in der historisch-genealogischen Auslese ethnischer Deutscher für die Neubesiedlung. Beide Autoren sind nicht in dem Band vertreten. Wir wissen auch, dass es sich bei diesen Umsiedlungsplänen um genuin nationalsozialistische Projekte handelt, die unmittelbar mit der Zwangsmigration von Ost- nach West zusammenhängen, sowohl was die Verschiebung westlicher Juden in den Osten als auch der „Volksdeutschen“ in den Westen anbelangt.<sup>12</sup> Das wiederum bedeutet nichts weniger, als dass die wesentliche Grundaussage des Sammelbandes fehlt, es habe im Westen eine zivilere Form von Besatzungspolitik und Judenverfolgung gegeben. Wer diese These vertritt, kann gar nicht vergleichen, ohne einen Kardinalfehler zu begehen, nämlich von Äpfeln auf Birnen zu schließen.

Insbesondere die Frage nach der Frankreich-Expertise wird in dem Sammelband stark vernachlässigt. Der Hinweis auf einen dritten Band, der die Lücke schließen soll, streut nur Sand in die Augen. Tatsächlich wird das Frankreich-Problem thematisiert, aber der zuständige Artikel

---

kommen, wenn man Hans Derks Anmerkung dazu liest. Was ist an diesem knappen Verweis eine Verschwörungstheorie? Dieser Vorwurf wird mit der Unterstellung eines Krankheitsbildes ins Feld geführt, um rhetorisch zu polarisieren. Damit trägt Rusinek nichts zur Sache bei. Seine Laien-Historiografiegeschichte ist nicht von der Art, die mit der Westforschung begründete Konfrontationsgeschichte gegen Wissenschaftler eines Nachbarlandes hinter sich zu bringen. Sein Hinweis auf den innovativen Charakter der Westforschung wird zudem nicht als analytische Kategorie, sondern Adjektiv ohne wissenssoziologische Substanz benutzt, mit der zum Ausdruck gebracht werden soll, den eigenen Traditionsstrang als gut zu empfinden.

<sup>12</sup>Vgl. Mai, Uwe, Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat, Paderborn 2002; Freund, Wolfgang, Volk, Reich und Westgrenze. Wissenschaften und Politik in der Pfalz, im Saarland und im annektierten Lothringen 1925-1945, Phil. Diss. Baden-Baden 2002, erscheint demnächst im Franz Steiner Verlag in der Reihe Rüdiger vom Bruch.

von Karsten Klingemann enttäuscht in doppelter Hinsicht. Zum einen denkt er am Problem vorbei. Zum zweiten tut er das unter Ausblendung des aktuellen Forschungsstandes. Klingemanns These, Ipsen sei als Soziologe im NS-Regime fachlich innovativ gewesen, weil er in der Agrargeschichte realsoziologische Forschungen betrieb, ohne sich von rassistischen Zielen des Regimes beeinflussen zu lassen, ist grundfalsch.<sup>13</sup> Tatsächlich verfolgte Gunther Ipsen schon mit seiner 1933 erfolgten Antrittsvorlesung das Ziel, die demografische Analyse als Mittel für seine Gesinnungswissenschaft heranzuziehen. Er wollte das Fremde als das Jüdische aus dem germanischen Neuaufbau der europäischen Agrarordnung ausgeschlossen sehen.<sup>14</sup> „Blut und Boden“ waren für ihn keine ideologischen Vehikel. Klingemann macht weis, Ipsen habe sich nur semantisch als völkischer Denker getarnt, um unter Schutz des NS-Regimes wissenschaftlich gut abgesicherte realsoziologische Forschung betreiben zu können. De facto waren „Blut und Boden“ für ihn paradigmatische Kerne eines Landvolk-Programms.<sup>15</sup> Zweitens sind die entscheidenden Frankreichpläne in den Sozial- und Kulturwissenschaften nicht auf Gunther Ipsen und den darin ziemlich erfolglosen Max Hildebert Böhm zurückzuführen, wie Klingemann darstellt, sondern auf den Kreis der Historiker und Geografen der „Westdeutschen Forschungsgemeinschaft“ um Franz Petri und Friedrich Metz, Otto Schlüter und Franz Steinbach.

Es stimmt bedenklich, dass Peter Schöttler, der bereits auf dem Leipziger Historikertag sehr präzise auf den Konnex des Germanenbildes in der Konstruktion neuer Reichsgrenzen gegenüber Frankreich hin-

---

<sup>13</sup>Klingemann, Karsten, Soziologie in der „Westforschung“ während des Nationalsozialismus, in: S. 407-445, speziell 409.

<sup>14</sup>Theoretische Ausführungen zielten in der völkischen Soziologie der 1930er und 1940er-Jahre immer auf Anwendungen.

<sup>15</sup>Das zeigen seine Reflexionen über die Bestimmung § 2,2 des preußischen Erbhofgesetzes: Sie „begnügt sich nicht mit der Reinheit des Blutes, sondern schließt im männlichen Geschlecht grundsätzlich uneingeschränkt jüdische oder farbige Beimischung aus“. Zitiert nach G: Ipsen, Blut und Boden. Vortrag, gehalten am 27. Juli 1933 im Rahmen der nationalpolitischen Vorträge der Kieler Studentenschaft in der Aula der Universität (Kieler Vorträge über Volkstums- und Grenzlandfragen und den nordisch-baltischen Raum, Nr. 2), S. 22.

wies, dem Münsteraner Sammelband nichts beitrug. So ergänzungsbedürftig Hans Derks These ist, Franz Petris Belgienpläne zielten auf die Konstruktion Großhollands unter Ausschluss der Wallonen und Juden ab, so sicher sind Schöttlers Recherchen im Fall von Franz Petri und der nationalsozialistischen Frankreichpläne. Unlängst wies Peter Schöttler darauf hin, dass die bisher als verschollen gegoltene Frankreich-Denkschrift Wilhelm Stuckarts vom 14. Juni 1940 ausdrücklich drei bekannte Historiker und Geografen als Vordenker zitiert: Friedrich Metz, Franz Petri und Franz Steinbach, die allesamt Denkschriften an das Auswärtige Amt und das Reichsministerium des Innern gesandt hatten. Darin ging es um nicht weniger als die Einbeziehung des Gebiets, das weder zur besetzten noch zur Vichy-Zone gehörte: nämlich der breite Streifen, der von der Somme-Mündung (französisch-Flandern) über die Ardennen bis zur Franche-Comté reichte. Begründet wurde dieses durch die rassenanthropologische Einheit des Oberheins (Friedrich Metz) und die vermeintlich massive germanische Besiedlung Frankreichs bis hinunter zur Loire (Franz Petri).<sup>16</sup> Die kritische Edition dieser inzwischen aufgefundenen Denkschrift erfolgt demnächst in der Zeitschriftenneugründung „Sozial.Geschichte“.<sup>17</sup> Es wird davon auszugehen sein, dass diese Veröffentlichung - analog zur Schieder-Denkschrift - den Auftakt für weitere, auch vergleichende Forschungsprojekte bilden wird.

Es liegt auf der Hand, da ist dem Band von Dietz-Gabel uneingeschränkt zuzustimmen, dass die Westpläne gegen Frankreich und Belgien, die Niederlande und Luxemburg anders gestaltet waren als im Osten. Ob damit die Intensität der Verfolgung ethnisch als fremd deklarierter Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel die Wallonen weniger radikal ausfallen sollte als gegenüber den slawischen Völkern, bleibt offen. Tatsache ist, dass die SS und ihre Planungsexperten im Westen eine weniger freie Hand hatte wie im Osten. Im Osten standen dem

Reichskommissar für die Festigung des Volkstums mal Generalgouverneur Frank und die Gauleiter Greiser, Koch und Forster entgegen, aber nicht ernsthaft. Das Rosenbergministerium mischte sich unwesentlich ein. Im Westen sah die Sache anders aus. Die Machtpositionen der deutschen Administration waren regelmäßiger auf die Militärbefehlshaber, die Gauleiter in den drei Annexionsgebieten (Elsass, Moselle, Luxemburg) und den Reichskommissar für die Niederlande aufgeteilt. Außerdem unterlag die bevölkerungspolitische Behandlung dieser Gebiete den starken Schwankungen im Kriegsverlauf. Strategische und militärische Faktoren, aber auch der partielle Respekt gegenüber der westlichen Kultur, evozierten andere Politikmodelle. Aber spätestens mit der Landung der Alliierten verschärfte sich auch hier der NS-Terror. Wie schwer ein Ost/West-Vergleich schließlich werden kann, zeigen letztendlich die großen Lücken in der Erforschung der entsprechend führenden Exekutiv- und Planungsämter. Großzügig angelegte Studien zur Volksdeutschen Mittelstelle der SS und des Reichskommissars für die Festigung des Volkstums, als die führenden Akteure auf der Machtseite zwischen Wissenschaft und Politik stehen aus. Aber genau darauf wird die analytisch versierte Wissenschaftsgeschichte aufsetzen müssen, will sie ertragreich sein.

<sup>16</sup>Nach Schöttler, Peter, Die historische Westforschung zwischen Abwehrkampf und territorialer Offensive, in: Ders. (Hg.), Geschichtswissenschaft als Legitimationswissenschaft 1918-1945, Frankfurt am Main 1999, S. 214f., 215ff.

<sup>17</sup>Zur Zeitschrift im Allgemeinen <http://www.stiftung-sozialgeschichte.de>.